
Daten zur deutschen Verfassungsgeschichte

1806

6. August

Erlöschen des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation mit der Niederlegung der Kaiserkrone durch Franz II.

1815

8. Juni

Zusammenschluss der souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands zum „Deutschen Bund“

1848

18. Mai

Eröffnung der deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche

27. Dezember

Gesetz über die „Grundrechte des deutschen Volkes“

1849

28. März

Frankfurter Reichsverfassung. Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. lehnt seine Wahl zum erblichen Kaiser von Deutschland ab.

1866

23. August

Österreich erkennt im Prager Frieden die Auflösung des Deutschen Bundes an.

24. August

Auflösung des Bundestages des Deutschen Bundes in Augsburg.

1867

24. Februar

Eröffnung des konstituierenden Reichstags des Norddeutschen Bundes

16. April

Annahme der Verfassung des Norddeutschen Bundes (in Kraft getreten am 1. Juli 1867)

1871

18. Januar

Kaiserproklamation des preußischen Königs Wilhelm I. im Spiegelsaal von Schloss Versailles. Gründung des Deutschen Reiches

16. April	Erlassung der Verfassung des Deutschen Reiches
1918	
28. November	Abdankung Kaiser Wilhelms II.
1919	
19. Januar	Wahlen zur Nationalversammlung, die in Weimar zusammentritt.
28. Juni	Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages
11. August	Unterzeichnung der von der Weimarer Nationalversammlung beschlossenen Verfassung des Deutschen Reiches durch den Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD)
1933	
30. Januar	Berufung Adolf Hitlers, des Führers der stärksten Partei, zum Reichskanzler. Regierung des „nationalen Zusammenschlusses“
28. Februar	Verordnung des Reichspräsidenten zum „Schutz von Volk und Staat“; Außerkraftsetzung von Grundrechten
24. März	Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (Ermächtigungsgesetz); die Reichsregierung kann Gesetze außerhalb des verfassungsmäßigen Verfahrens erlassen.
14. Juli	Gesetz gegen die Neubildung von Parteien; die NSDAP einzige Partei
1934	
14. Februar	Aufhebung des Reichsrates. Umwandlung der Länder in einfache Verwaltungsorgane
2. August	Tod des Reichspräsidenten Hindenburg. Gesetz über das Oberhaupt des Deutschen Reiches. Das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers vereinigt.
1942	
26. April	Bestätigung Hitlers als „Führer“ der Nation, oberster Befehlshaber der Wehrmacht, Regierungschef und oberster Inhaber der vollziehenden Gewalt, oberster Gerichtsherr und Führer der NSDAP

1945

9. Mai Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht tritt in Kraft.
5. Juni Die Siegermächte (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich) übernehmen die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen. Einsetzung des Alliierten Kontrollrats der vier Oberbefehlshaber in Berlin (30. August).
17. Juli–2. August Potsdamer Konferenz der Siegermächte. Bildung eines „Ständigen Rates der Außenminister“. Unterstellung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße unter polnische und sowjetische Verwaltung

1946

15. Februar Einrichtung eines Zonenbeirats in Hamburg zur Beratung der britischen Militärregierung durch eine Vertretung der deutschen Verwaltung, Parteien und Gewerkschaften
21. April *Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) durch Zusammenschluss von SPD und KPD in der SBZ*
15. Mai Verfassung für Hamburg
30. Juni Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung in Württemberg-Baden
- August Die Provinz Hannover sowie Schleswig-Holstein werden zu Ländern erklärt, die Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz neu gebildet.
13. August Verfassung für Berlin
30. August Konstituierung des Alliierten Kontrollrats
11. November *Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik durch die SED*
17. November Wahlen zur „Beratenden Landesversammlung“ in Süd-Baden
30. November Verfassung für Württemberg-Baden
24. November–1. Dezember In Württemberg-Baden, Hessen und Bayern Ver-

- fassungen durch Volksentscheid in Kraft gesetzt, gleichzeitig Landtagswahlen
1. Dezember Verfassung für Hessen
2. Dezember Verfassung für Bayern
- Unterzeichnung des Abkommens über die wirtschaftliche Vereinigung der amerikanischen und britischen Zone mit Wirkung vom 1. Januar 1947 („Bizone“); Übergang der Wirtschaftsverwaltung von den Alliierten auf den Verwaltungsrat für Wirtschaft in Minden

1947

1. Januar Errichtung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets
11. Februar Verfassung für Niedersachsen
10. März–24. April Konferenz des Außenministerrats in Moskau, ohne Einigung über deutschen Friedensvertrag
17. Mai Verfassung für Württemberg-Hohenzollern
18. Mai Verfassung für Baden
- Verfassung für Rheinland-Pfalz
- 6.–8. Juni Ministerpräsidenten der deutschen Länder treffen sich in München. Die Vertreter der Ostzone verlassen demonstrativ die Konferenz, als sie mit ihren Forderungen nicht durchkommen.
25. Juni Gründung des Wirtschaftsrats für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet der Bizone mit Sitz in Frankfurt
21. Oktober Verfassung für Bremen
25. November–15. Dezember Konferenz des Außenministerrates in London ergebnislos. Deutsche Frage auf unbestimmte Zeit vertagt.
15. Dezember Verfassung für das Saarland

1948

9. Februar Schaffung eines Länderrates (neben dem umgebildeten Wirtschaftsrat) und eines Verwaltungsrates
23. Februar–6. März Konferenz der drei Westmächte in London. Beschluss zur Zusammenfassung der Westzonen

19. März	Sowjetischer Vertreter verlässt den Alliierten Kontrollrat.
1. April	Sowjetische Militärregierung sperrt Bahn- und Straßenverkehr zwischen Berlin und den Westzonen.
15. April	<i>Konstituierende Sitzung des Verfassungsausschusses des „Deutschen Volksrates“ in der SBZ</i>
20. Juni	Währungsreform in den drei Westzonen
1. Juli	Die Militärgouverneure Lucius D. Clay (USA), Brian Robertson (GB) und Pierre Koenig (F) übergeben in Frankfurt den elf Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder die sogenannten „Frankfurter Dokumente“.
8.–10. Juli	Zusammenkunft der Ministerpräsidenten im Hotel „Rittersturz“ bei Koblenz; Annahme der Frankfurter Dokumente unter Vorbehalten
23. Juli	Sowjets sperren den Gesamtverkehr nach Berlin
24. Juli	Errichtung der Luftbrücke gegen die Berlin-Blockade
August	Wahl der Abgeordneten des Parlamentarischen Rates durch die Landtage
10.–23. August	Verfassungskonvent von Herrenchiemsee; Erarbeitung eines Verfassungsentwurfs
24. August	„Karlsruher Vertrag“: Entwurf eines Staatsvertrags zum Zusammenschluss von Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern
1. September	Konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates; Konrad Adenauer wird zum Präsidenten gewählt.
22. Oktober	<i>Annahme des Verfassungsentwurfs durch den Deutschen Volksrat</i>
28. Dezember	Londoner Sechs-Mächte-Abkommen über die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut). Die drei Militärgouverneure vertreten Westdeutschland in der Ruhrbehörde.
1949	
8. Mai	Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat mit 53 gegen zwölf Stimmen
10. Mai	Parlamentarischer Rat bestimmt Bonn zur vorläufigen Bundeshauptstadt.

12. Mai	Genehmigung des Grundgesetzes durch die Militärgouverneure; Verkündung des Besatzungsstatuts
23. Mai	Ausfertigung und Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland
30. Mai	<i>Annahme der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik durch den 3. Volkskongress</i>
1. August	Abbau der Luftbrücke Westdeutschland-Berlin
14. August	Wahl des ersten Deutschen Bundestages (Wahlbeteiligung 78,5 Prozent)
12. September	Wahl des ersten Bundespräsidenten (Theodor Heuss)
15. September	Wahl des ersten Bundeskanzlers (Konrad Adenauer)
20. September	Vereidigung der ersten Bundesregierung und Regierungserklärung Adenauers
21. September	Die Militärgouverneure werden durch Hohe Kommissare abgelöst. Inkrafttreten des Besatzungsstatuts. Vorstellung der ersten Bundesregierung am Sitz der Hohen Kommissare auf dem Petersberg bei Bonn
7. Oktober	<i>Ratifizierung der DDR-Verfassung durch den 2. Deutschen Volksrat</i>
20. Oktober	Bundesrepublik wird Mitglied der OEEC.
20. November	Beitritt der Bundesrepublik zum Ruhrstatut
22. November	Petersberger Abkommen
13. Dezember	Verfassung für Schleswig-Holstein
15. Dezember	Marshallplanhilfe-Abkommen (erster Staatsvertrag der Bundesrepublik)
1950	
28. Juni	Verfassung für Nordrhein-Westfalen
1. September	Verfassung für Berlin
12.–18. September	Außenministerkonferenz der Westmächte in New York. Lockerung des Besatzungsstatuts
1951	
6. März	Erste Revision des Besatzungsstatuts
13. April	Verfassung für Niedersachsen

9. Juli	Beendigung des Kriegszustandes mit den Westmächten
14. September	Gleichberechtigte Eingliederung der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft
21. September	Aufhebung des Ruhrstatuts
1952	
26. Mai	Unterzeichnung des Deutschlandvertrages; Integration der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung
6. Juni	Verfassung für Hamburg
1953	
17. Juni	<i>Volksaufstand in der DDR</i>
11. November	Verfassung für Baden-Württemberg
1954	
30. März	Ratifizierung des EVG-Vertrages
23. Oktober	Pariser Verträge; Bundesrepublik erhält Wehrhoheit
1955	
25. Januar	UdSSR beendet Kriegszustand mit der Bundesrepublik
5. Mai	Inkrafttreten der Pariser Verträge; die Bundesrepublik wird bedingt souverän.
9. Mai	Beitritt der Bundesrepublik zur NATO
20. September	<i>Vertrag über die Beziehung zwischen der DDR und der UdSSR; DDR erhält Souveränität</i>
1956	
19. März	Wehrverfassung
1957	
1. Januar	Beitritt des Saarlands zur Bundesrepublik wird wirksam (Volksabstimmung 5. Juni 1956).
16. Januar	Einführung der allgemeinen Wehrpflicht
1961	
13. August	Bau der Berliner Mauer

1968

6. April *Volksentscheid in der DDR über die Annahme einer neuen Verfassung*
24. Juni Notstandsverfassung

1969

12. Mai Reform der Finanzverfassung (Gemeinschaftsaufgaben)

1972

21. Dezember Unterzeichnung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Grundvertrag); in Kraft getreten am 21. Juni 1973.

1974

- 14./15. Februar Verfassungsdebatte im Deutschen Bundestag
7. Oktober *Revidierte Verfassung der DDR*

1976

9. Dezember Schlussbericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform des Deutschen Bundestags

1990

4. April *Entwurf des „Runden Tisches“ für eine neue Verfassung der DDR*
13. Juni Verfassung für Schleswig-Holstein
3. Oktober Deutsche Wiedervereinigung durch Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland

1992

16. Januar Konstituierende Sitzung der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag
7. Februar Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages über die Europäische Union
27. Mai Verfassung für Sachsen
16. Juli Verfassung für Sachsen-Anhalt
20. August Verfassung für Brandenburg
21. Dezember Grundgesetzänderungen; Einfügen des „Europaartikels“ ins GG (Art. 23 n. F.)

1993

- | | |
|-------------|--|
| 19. Mai | Verfassung für Niedersachsen |
| 23. Mai | Verfassung für Mecklenburg-Vorpommern |
| 25. Oktober | Verfassung für Thüringen |
| 5. November | Abschlussbericht der Gemeinsamen Verfassungskommission |

1994

- | | |
|-------------|---|
| 27. Oktober | Verfassungsreform (Gesetz zur Änderung des GG, u. a. Staatsziele, Gesetzgebungskompetenzen) |
|-------------|---|

1995

- | | |
|--------------|-----------------------|
| 23. November | Verfassung für Berlin |
|--------------|-----------------------|

2006

- | | |
|--------------|--------------------|
| 1. September | Föderalismusreform |
|--------------|--------------------|